

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 37. 30. Jahrg.

14. Septbr. 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3973.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßerstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. :: Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Inhalt:

Hauptteil: Die Unterirdischen. Rundschau. Die Tuberkulose in Österreich. — **Allgemeines:** Sozialer Betätigungsdrang. Die Wirklichkeit. — **Die photomech. Fächer:** Ortsberichte: Berlin, Chemigraphen. Stuttgart, Chemigraphen. — Opfer des Krieges. — **Anzeigen.**

Die Unterirdischen.

Keine andere Interessengruppe unseres Landes entzieht sich mit ihren Bestrebungen und Aktionen so sehr der Kontrolle der Öffentlichkeit wie die Leute von der Großindustrie. Sie lieben es nicht, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und arbeiten am liebsten verschwiegen unter der Oberfläche. Man sieht nichts von ihrer Arbeit, aber man fühlt sie mehr, als man wünscht. Allerdings — auch sie können in unserer Zeit die Hilfsmittel zur Beeinflussung der Öffentlichkeit nicht entbehren, denn auch ihnen ist daran gelegen, für ihre Forderungen recht viel Volk auf die Beine zu bringen; aber auch beim Werben um die öffentliche Meinung führen sie nicht gern die eigene Flagge.

Bezeichnend für diese Wesensart der Großindustrie sind die Versuche zur Gründung einer ihr treu ergebenen Presse, von denen die weitere Öffentlichkeit freilich nur wenig erfahren hat; noch entziehen sich die Fäden, die von manchen Redaktionsstuben zu den Privatkontoren namhafter Großindustrieller führen, der öffentlichen Kenntnis. Aber der Fall der »Weser-Zeitung« hat doch immerhin etwas Licht auf diese Machenschaften geworfen, und nicht das Nebensächlichste war dabei die dem Bekanntwerden des Handels auf dem Fuße folgende Versicherung, daß es sich um ein ganz harmloses Geschäft rein lokalen Charakters handele, das mit Politik nicht das geringste zu tun habe.

Nur nicht bemerkbar machen! Das ist nicht etwa eine in der Not der Kriegszeit angenommene Maxime — das war bei den Führern der Großindustrie seit jeher Grundsatz. Was andere Berufsstände und Interessengruppen auf öffentlichen Kongressen und in einer weitverbreiteten Fach- und Tagespresse verhandeln und besprechen, das ist bei der Großindustrie Gegenstand internster Konventikel und vertraulichster Konspirationen. So ist es heute, und so war es schon vor zwanzig Jahren.

Nur einige Erinnerungen: »Ich gehe hin, um scharf zu machen!« sagte der nun schon lange verstorbene Freiherr von Stumm beim Antritt einer Reise, die ihn an den Hof führte. Das war nach dem Scheitern der unter Caprivi betriebenen sogenannten Versöhnungspolitik in der Zeit, die von Versuchen zur Knebelung der Arbeiterbewegung angefüllt war; die Umsturzvorlage und der Zuchtstrafgesetzentwurf bezeichnen ihre Höhepunkte. Im Jahre 1896 schrieb der gleichfalls verstorbene Generalsekretär des Zentralverbandes der Industriellen, Herr Bueck, einen später von Schönlanck in der »Leipziger Volkszeitung« veröffentlichten Brief an einen süddeutschen Industriemang-

naten, in dem es hieß: »Daß wir Berlepsch endlich klingeekriegt haben, erfüllt mich mit hoher Befriedigung«, und er weiter schilderte, wie man den Bureaukraten Brefeld, der den Reformen Berlepsch hatte ersetzen müssen, den Wünschen der Großindustrie gefügig zu machen gedächte. Zugleich deckte der Brief die enge Verbindung der Großindustriellen mit der Regierung bei der Vorbereitung der Handelsverträge auf, die so weit gegangen war, daß Regierungsleute jahrelang in den Büros des Zentralverbandes gearbeitet hatten. Den Gipfel erreichte diese unterirdische Tätigkeit der scharfmacherischen Großindustriellen zur Zeit des Zuchtstrafgesetzentwurfs, als das Reichsamt des Inneren von ihnen 12000 Mark erbat und erhielt, um damit die Kosten einer großzügigen Propaganda für diesen Gesetzentwurf zu decken. Aus neuerer Zeit ist der Vorstoß der Bergherren von 1909 bekannt, bei dem es sich darum handelte, aus dem drohenden Bergarbeiterschutz eine Harmlosigkeit nach der Art der »weißen Salbe« zu machen. Die Spuren dieser Tätigkeit reichen bis in die jüngste Gegenwart.

Nichts konnte dieser Richtung ungelegener kommen, als der 4. August, der ihnen die schärfste Waffe gegen die Arbeiterbewegung so glatt aus der Hand schlug. So laut man das Ereignis jenes Tages anderwärts auch pries — hier blieb man kühl, und man dachte wohl nur mit Bedauern daran, daß damit eine Entwicklung gestört und unterbrochen war, die in der Durchlöcherung des Reichsvereinsgesetzes auf dem Verwaltungswege und in der sächsischen Streikpostenverordnung schon zu so hoffnungsvollen Ergebnissen geführt hatte. Doch man vertraute der Zukunft. Es konnte doch nicht jeder Tag ein vierter August sein! Und im übrigen war man stets der richtigen Schmiede am nächsten und hatte noch so manchen anderen Vorsprung. —

Man müßte mit Blindheit geschlagen sein wollte man nicht sehen, daß der Einfluß der Großindustrie auf das, was man umschreibend die oberen Regionen nennen mag, heute wieder einmal bedenklich stark geworden ist. Die Beseitigung des Generals Groener ist dafür wohl das auffallendste, aber bei weitem nicht das einzige Zeugnis. Die Hand der Großindustrie fingert auch an Stellen herum, an denen man sie meistens nicht vermutet, wie wir, d. h. die breiten Schichten des Volkes, denn überhaupt die Rolle der Großindustrie im politischen Leben viel zu ausschließlich nach den reinen Arbeitgeberinteressen beurteilen. Die politische Tätigkeit der Großindustrie erstreckt sich auf ein weit größeres Gebiet und sie ist dort nicht weniger bemerkenswert als auf dem Gebiet des Arbeiterrechts. Man darf überzeugt sein, daß unter den Widerständen, auf die der Reichstag bei den Entscheidungen der letzten Wochen stieß, der Einfluß der Großindustrie nicht die geringste Rolle gespielt hat.

Es ist nichts weniger als ein Zufall, wenn wir die namhaftesten Vertreter der Groß-

industrie im Vordertreffen der annexionistischen Heimkrieger finden. Gemeinhin sucht man das als den Ausfluß eines in jenen Kreisen grassierenden Kraftmeiertums zu erklären, allenfalls glaubt man es auf die fabelhaften Gewinne zurückführen zu sollen, die der Großindustrie aus den Kriegsgeschäften erwachsen. Nun mag beides zur Kräftigung dieser Strömung beitragen, aber im Grunde ist dem Annexionismus der Großindustrie ein anderes, mehr in die Zukunft weisendes Motiv zu eigen.

Je mehr sich die Überzeugung festigt, daß wir nach dem Kriege zur staatlichen Organisation des Wirtschaftslebens übergehen müssen, umso nachdrücklicher bekämpft die im Dienste der Großindustrie stehende Presse diesen Gedanken. Mit philosophischen, ethischen, rassenhygienischen Gründen rückt sie der »Gefahr« zu Liebe, einer Gefahr die nur für die Großindustriellen besteht, denn in der Tat hat sonst niemand einen Grund, diese Entwicklung zur staatlich organisierten Wirtschaft zu fürchten, da alles dabei gewinnt und nur die absoluten Könige der großen Industrie eine Einbuße zu erwarten haben. Ein Vergleichsfriede, ein Friede also, der die Erlangung von Kriegsschädigungen ausschließt, läßt aber nach vernünftigem Ermessen gar keine andere Möglichkeit der Erneuerung des deutschen Wirtschaftslebens zu, als eben die Verstaatlichung großer Industriezweige. Der Kampf gegen den Verständigungsfrieden und für den Gewaltfrieden mit Annexionen und Entschädigungen ist zugleich ein Kampf gegen die staatliche Wirtschaftsorganisation und für den Fortbestand der unbeschränkten Herrschaft des Industriekapitals. Die großindustriellen Annexionisten wären aber Toren, wollten sie das eingestehen. Hier, wie in jedem Falle, läßt es die Art ihrer Ziele nicht zu, ihre wahren Beweggründe zu nennen. Wie die Einschränkung des Koalitionsrechts gefordert wurde im Namen der »Freiheit der Arbeit« und wie die sozialpolitische Bremse angezogen werden mußte, um »die deutsche Arbeit vor dem Untergange zu retten«, so führt man jetzt den Kampf gegen den Vergleichsfrieden im Namen der heiligsten Interessen des »deutschen Volkes«.

Wir aber müssen uns daran gewöhnen, die Politik der Großindustrie als eine wohl-durchdachte und großzügige Vertretung kapitalistischer Interessen aufzufassen. Es gibt keine Interessengruppe in Deutschland, die die Richtung ihres Handelns mit größerer oder auch nur mit gleicher Umsicht wählt, wie die Führung der Großindustrie. Wie es anderseits keine Klasse gibt, die vor der Politik der Großindustrie mehr auf der Hut sein müßte als die Arbeiterschaft.

Auch hier ist gerade ein kritischer Zeitpunkt. Die Beseitigung Groeners ist ein Symptom von Bedeutung. A. Winnig.

Rundschau.

Lohn- und Teuerungszulagen: In Berlin wurden wieder folgende Zulagen bewilligt: Die Firma *H. Hagelberg, A.-G.*, bewilligte 22 Steindruckern erneut eine Lohnzulage von 3,50 Mk. pro Woche und erhöhte den monatlichen Teuerungszuschlag von 15 auf 20 Mk. — Die *Reichsdruckerei* erhöhte für das gesamte Personal, darunter an 26 Steindrucker, die wöchentliche Teuerungszulage von 10,80 Mk. auf 15 Mk. und um 4,20 Mk. pro Woche. Unsere Kollegen waren vorstellig geworden. — Die Firma *Hans Mühlberg* gewährte einem Steindrucker 20 Mk., einem Lithographen 15 Mk. und einem Lithographen 5 Mk. pro Woche Zulage. — Die Firma *Bogdan* bewilligte 7 Steindruckern und 4 Lithographen 10 Proz. Lohnzulage in der Höhe von 3,90 Mk. bis 6 Mk. pro Woche. — Die Firma *Dieter Reimer* bewilligte an 9 Lithographen pro Monat eine Zulage von 20 Proz. in der Höhe von 30 bis 48 Mk.; an 3 Steindrucker ebenfalls eine Zulage von 20 Proz. in der Höhe von 9 Mk. und 9,20 Mk. pro Woche. — In *Bielefeld* wurden die Kollegen in der Firma *E. Gundlach, A.-G.*, wegen Teuerungszulage vorstellig. Die Firma bewilligte einem Teil Lohnerhöhungen, womit die Kollegen nicht zufrieden waren. Es kam schließlich zu weiteren Verhandlungen, an denen auch ein Vertreter des Hauptvorstandes teilnahm, wobei es zum endgültigen Abschluß kam. Die Firma bewilligte: an 3 Umwandler-Andrucker sofort je 6 Mk. pro Woche und ab 1. November weitere je 3 Mk., womit diese Löhne auf 45 Mk. steigen. 1 Offsetdrucker erhielt sofort 5 Mk. und ab 1. November weitere 5 Mk., wodurch dessen Lohn auf 55 Mk. steigt. 2 Maschinenmeister, welche weibliche Arbeitskräfte anlernen, erhielten je 14,50 Mk. und 17 Mk. pro Woche, womit deren Löhne auf 44,50 Mk. bzw. 52 Mk. steigen und an 2 Lithographen bewilligte die Firma je 3 Mk. und 5,50 Mk. pro Woche, so daß diese nunmehr einen Wochenlohn von 31 bzw. 41,50 Mk. erhalten. — In *Braunschweig* hat die Firma *Henry Lohr* auf Grund unseres Vorgehens sich bereit erklärt, ihr Personal außer der im Februar gewährten Lohnzulage von 4 Mk. pro Woche, abermals eine Zulage von 2 Mk. wöchentlich zu bewilligen. In Betracht kommen 6 Steindruckerkollegen. Die Firma *F. R. Lange* zahlt ihrem beschäftigten Steindrucker eine Teuerungszulage von 10 Mk. pro Monat. Dem Bericht aus *Breslau* in Nr. 32 ist nachzutragen, daß die Firma *Kuhn* auch 10 Proz. Lohnzulage bewilligt hat. — Aus *Karlsruhe* wird zu dem ausführlichen Bericht in Nr. 35 mitgeteilt, daß eine Eingabe der Kollegen an die Firma *A. Braun & Co.* ebenfalls ein günstiges Ergebnis gehabt hat. Es wurden auf alle Löhne unter 50 Mk. wöchentlich 10 Proz. und über 50 Mk. 5 bis 7 Proz. Zulage gewährt. In *Lübeck* wurden folgende Zulagen erteilt: In den *Lübeka-Werken* erhielten die Drucker zu dem bereits früher bewilligten Teuerungszulagen einen Aufschlag von 15 Proz. — Die Firma *P. Hermberg* zahlt einem Drucker 4 Mk. und 3 Druckern je 3 Mk. wöchentliche Zulage und die Firma *v. Zastrow* bewilligte 4 Mk. Zulage pro Woche. — In *Stassfurt* hat die *Vereinigte Spielkarten-Fabrik, A.-G.*, ihren Steindruckern je 9 Mk. Zulage bewilligt, wodurch die Wochenlöhne auf 51 bis 54 Mk. gesteigert sind. Der Steinschleifer erhielt 8 Mk. Zulage pro Woche.

Zur Änderung des Hilfsdienstgesetzes. Offensichtlich ist eine Novelle zum Hilfsdienstgesetz in Arbeit, aber in welcher Weise es reformiert werden soll, darüber ist noch ein dichter Schleier des Geheimnisses gebreitet. Ihn lüftet in der *Deutschen Arbeiter-Zeitung* ein Dr. jur. Meisner ein wenig. Indem er ungeschminkt verlangt, daß die Arbeiter bestraft werden sollen, die ungetreulicherweise die Arbeit verlassen. Der Gesetzgeber habe es leider unterlassen, den Austritt ohne Ankerhaftung unter Strafe zu stellen. Selbst wenn der Arbeiter die Arbeit gegen den ausdrücklichen Willen des Schlichtungsausschusses verlasse, bleibe er straflos. Dr. Meisner gibt selbst zu, daß die von ihm konstruierten Fälle unter den Millionen fähiger Arbeitsstunden eine seltene Ausnahme seien. Trotzdem beharrt er auf der Forderung eines strengen Eingriffs; denn man soll endlich die unwürdige Halbheit aufgeben und durch wirksame Strafdrohungen verhindern, daß ein Gesetz mit unwürdigen Zielen durch jeden, dem es nicht zuwider sei, als nicht bestehend betrachtet werden kann. Das klingt etwas anders, als die Versicherung des Geheimrat Duisberg, daß die Unternehmer nichts anderes wollten, als die Wiederherstellung der vollen Produktivität. Man wird nun abwarten müssen, wie sich das Kriebsamt dazu stellt.

Die Kriegswunden sitzen nicht in der Arbeiterklasse. Unmittelbar diskutieren die Unternehmer, den Abbau der Löhne nach dem Kriege, und unermüdet versichern sie, daß die allgemeine Forderung in der Kriegszeit auf das angeblich ungeheure Anwachsen der Arbeiterlöhne zurückzuführen sei. Da kommt es ihr nun sehr in die Quere, daß das weit reichsweitende Passivverhältnis der Reichsbote, das von einem Herrn Ruff nachweisen läßt, daß nach den amtlichen Feststellungen die Lohnsteigerung im Sommerhalbjahr 1916 nur 46 Proz. betrug, während die Lebensmittelpreise viel stärker in die Höhe gegangen seien. Nach eigenen Beobachtungen teilt Ruffler mit, daß noch

im Juni d. Js. in einer Munitionsfabrik bei Berlin ungelernete Arbeiter 65–75 Pfg. Stundenlohn und männliche Bahnarbeiter in der Provinz gar nur 35 Pfg. für die Stunde erhielten. Die Lebensmittelteuerung von Kriegsausbruch bis März 1917 habe aber 95,7 Proz. betragen. Der »Reichsbote« zieht daraus mit vollem Recht die Schlußfolgerung, daß Kriegswucher und Kriegsgewinne in anderen Kreisen zu suchen seien als bei den Arbeitern. — Recht verlegen erwidert die »Deutsche Arbeiterzeitung«, daß 75 Pfg. Stundenlohn für einen ungelerneten Arbeiter auch unter den heutigen Verhältnissen noch genug sei. Aber mit diesem Verdienst kann sich ja ein Berliner Arbeiter nicht einmal die rationierten Lebensmittel kaufen. Oder glaubt die »D. A.-Z.« etwa, daß ungelernete Arbeiter weniger Hunger haben?

Aus dem Auslande.

Arbeiterwanderungen in Skandinavien. In Dänemark und besonders in Schweden ist die Arbeitsgelegenheit in mehreren Industriezweigen durch Mangel an Rohstoffen und Feuerung stark im Rückgang. Hingegen herrscht in Norwegen ein allgemeiner Mangel an männlicher und weiblicher Arbeitskraft auf fast allen Gebieten besonders in der Eisen- und Bauindustrie. Infolgedessen findet eine bedeutende Einwanderung ausländischer besonders schwedischer Arbeiter nach Norwegen statt. So sind gegenwärtig unter den Arbeitssuchenden in den handwerklichen Berufen 30 Proz. Schweden, unter den Seeleuten 40 Proz., unter den Land- und Waldarbeitern 60 Proz. und bei den ungelerneten Arbeitssuchenden 20 Proz. aus Schweden.

Entschädigungspflicht für schlechte Lehrlingsausbildung. In dieser Zeit der Lehrlingsfragen dürfte ein Urteil einer Kopenhagener Schlichtungskommission nicht ohne Interesse sein. Der Verhandlung zu Grunde lag eine Klage des dänischen Barbier- und Friseurgehilfen Verbandes, die er im Interesse eines Friseurlehrlings, der seine vierjährige Lehrlingszeit beendet hatte, gegen den Lehrherrn erhob. Der Lehrling konnte sich nämlich in seinen neuen Stellungen als Gehilfe nicht behaupten. Die nach dem Gesetze einberufenen Schlichtungskommission verurteilte nun den betreffenden Friseurmeister zur Zahlung von 300 Kronen an den Lehrling wegen mangelnder Ausbildung. Für dieses Geld wird seitens des Verbandes dem Lehrlinge die nötige gewerbliche Ausbildung beigebracht werden. I. K.

Die Tuberkulose in Osterreich.

Med. Dr. v. Medinger veröffentlicht unter dem Titel »Traurige Ziffern« nachstehende Feststellungen:

	Deutschland	Öst.-Ung.
Einwohner	68 000 000	54 000 000
Todesfälle an Tuberkul. jährl.	96 000	158 000
Für Tuberkulose gewidm. Betten	40 000	4 000

Diese Ziffern sprechen eine beredete Sprache. Drei Todesfälle an Tuberkulose jährlich auf 1 000 Einwohner in Osterreich-Ungarn, 1,4 in Deutschland! Da die Erfahrung lehrt, daß auf 1 Todesfall etwa 10 Kranke zu rechnen sind, so kann man annehmen, daß von 100 Einwohnern bei uns 3, in Deutschland 1,4 tuberkulos sind. In den Jahren 1900 bis 1916 starben an Tuberkulose etwa 2,5 Millionen Menschen in Osterreich-Ungarn! Und die meisten davon im besten Alter, auf der Höhe ihres Lebens! Nun aber stammen diese traurigen Ziffern aus den Statistiken der Friedensjahre. Die Steigerung der Tuberkulose durch Felddienst, durch Verwundungen und Krankheiten, durch die Unterernährung und Überarbeitung im Hinterland, durch die Gefangenschaft in Rußland usw. ist noch garnicht abzuschätzen. Die Erhebungen, die man bisher anstelle, sind niederschmetternd. Deutschland besitzt 764 Heilstätten und 1300 Fürsorgestationen, Osterreich-Ungarn dagegen 60 Heilstätten und 40 Hilfs- und Fürsorgestationen. Im österreichisch-ungarischen Heere waren in der ersten Hälfte des Jahres 1915 12 Proz. aller Erkrankungen Tuberkulose, in der ersten Hälfte 1916 63 Proz. Auch die Zahl der Sterbefälle von Tuberkulosen nimmt in erschreckender Weise zu; es starben in Wien Zivilpersonen an Tuberkulose im Jahre 1914 6 223, im Jahre 1915 7 810, im Jahre 1916 9 551 und im ersten Viertel des Jahres 1917 4 333. Da in Wien jährlich etwa 32 000 Todesfälle zu verzeichnen sind, so ist im Jahre 1917 fast jeder zweite Todesfall auf Tuberkulose zurückzuführen. Schwer leiden wir jetzt an den Folgen unserer sozialpolitischen Untätigkeit vor dem Kriege. Die Bekämpfung der Tuberkulose ist eine geradezu grauenvolle ernste Pflicht der Zukunft, sie ist nicht bloß eine Humanitätssache, sondern sie ist ein Gebot der Selbsterhaltung.

allen sozial Interessierten einiges berechtigtes Aufsehen. Das von Herrn Kommerzienrat Pasch für drei verschiedene Arten von Unterstützung zur Verfügung gestellte Kapital von einer Million und sechzigtausend Mark rechtfertigte die Aufmerksamkeit umso mehr, weil damit die Bestimmung verbunden war, daß die Zinsen erst nach Ablauf einer bestimmten Karenzzeit benutzt werden dürfen. Ein Kapital, daß je hundert oder gar zweihundert Jahre die Zinsen aufspart, gestattet allerdings recht weitläufige Pläne zur Durchführung zu bringen. Soweit uns bekannt, hat denn auch die »Arbeiterpresse« im allgemeinen diese Pläne anerkennend aufgenommen. Weniger zustimmend konnte man sich freilich dem neuesten Projekt des Herrn Pasch gegenüber verhalten, wonach er: fast 30 000 Flaschen Rhein- und Moselweine dermaßen zur Verfügung gestellt, daß der gesamte Reingewinn aus ihrem Verkauf seiner Stiftung und anderen großen Stiftungen zufließt. Auffällig war bei dieser Veröffentlichung die genaue Angabe der Weingroßhandlung, die rein zufällig im Besitz des Spenders, Herrn Kommerzienrats Pasch sich befindet.

Der Inhaber der Preussischen Weingroßhandlung ist aber auch gleichzeitig Inhaber der Graphischen-Anstalt Wilhelm Greve, Berlin. Von den Gehilfen dieser Firma gingen uns dazu folgende Beschwerden zu:

Herr Kommerzienrat Wilhelm Pasch hatte vor zirka acht Jahren auch für seine Arbeiter und Angestellten die Summe von 100 000 Mk. gespendet, dazu kamen eine Reihe anderer Vergünstigungen. In den letzten Jahren haben die in der Firma beschäftigten Kartolithographen und Steindrucker den sozialen Betätigungsdrang in einer recht unangenehmen Weise zu spüren bekommen; sie haben einen zähen Kampf gegen die Beschneidung ehemals gewährter Rechte und Vergünstigungen führen müssen. So hat die Geschäftsleitung im Jahre 1915 die 1906 erlassenen Ferienbestimmungen gegen den Willen der Kollegen abgeändert. Wenn beim Erlaß der Ferienbewilligung eine bestimmte Dauer der Tätigkeit in der Firma die Voraussetzung war, so konnten später nur bewährte, von den Abteilungsvorstehern in Vorschlag gebrachte Arbeiter in den Genuß der Ferien kommen. Hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß bei der früher erfolgten Erweiterung der Ferien unsere Kollegen Zugeständnisse bezüglich der Steuher gemacht hatten. Durch die dabei erzielte gegenseitige Verständigung, wobei die Kollegen einen Vorteil eingetauscht haben, waren die Ferien ein fester Bestandteil der Arbeitsbedingungen geworden. Das hielt Herrn Kommerzienrat Pasch aber nicht ab, trotz energischen Einspruchs der Kollegen, einseitig eine Änderung vorzunehmen.

Ein weiterer Fall. In früheren Jahren erhielten aus den Zinserträgen jener Stiftungen der Firma die Kollegen zu Weihnachten und zu den Ferien bestimmte Geldsummen ausgezahlt. Diese Summen wurden im Verlauf mehrerer Jahre gekürzt und schließlich ihre Auszahlung an die Gehilfen ganz eingestellt. Wenn heute aus den Stiftungen noch Auszahlungen geschehen, so sind unsere Kollegen nicht davon betroffen; anscheinend kommen nur noch Abteilungsvorsteher und andere höhere Personen der Geschäftsleitung in Betracht.

Wir sind der Ansicht, daß wirklich sozial empfindende Unternehmer, niemals die ihren Arbeitern gewährten Vergünstigungen beschneiden bzw. ganz aufheben können, um solche an anderer Stelle, wo sie die Blicke der Öffentlichkeit auf sich lenken, ins Leben zu rufen. Wir meinen auch bei dem sozialen Betätigungsdrang des Herrn Kommerzienrats Pasch müßte ein Antrag seiner Gehilfen auf Erhöhung der Löhne, das weiteste Entgegenkommen finden. Aber während andere Firmen der gleichen Branche dem Antrage entsprachen und dadurch der bedrängten sozialen Lage ihrer Arbeiter wirkliches Verständnis entgegenbrachten, hat Herr Kommerzienrat Pasch auf dem ihm zugegangenen eingeschriebenen Brief der Verbandsleitung, trotz Erinnerung nicht geantwortet. Der Vollständigkeit wegen wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß die Firma seit Ausbruch des Krieges mit Kriegsarbeitern stark beschäftigt ist. Uns will scheinen als könne man die soziale Betätigung des Inhabers der Firma Wilhelm Greve nicht als konsequent bezeichnen. Es will das Bild, das die Öffentlichkeit sich von ihm machen durfte nicht mit dem übereinstimmen, was die Gehilfen seines Betriebes vor Augen haben.

Die Wirklichkeit.

Der Krieg hat die Notstände bis zur Unerträglichkeit gesteigert und den Arbeitern den Kampf um die Erhaltung ihrer nackten Existenz gebracht. Auch die Gewerkschaften, besonders im graphischen Gewerbe, sehen sich Schwierigkeiten gegenüber, die einen zufriedenstellenden Ausgleich zwischen Teuerung und Lohn nicht möglich machen. Es ist deshalb verständlich, wenn Unzufriedenheit vorhanden ist.

In dieser Zeit kommen nun Zionswächter und klagen über mangelnde Demokratie und sagen

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Sozialer Betätigungsdrang. Im vorigen Jahre machte die Gründung der Pasch-Greveschen Krieger-Unterstützungsgesellschaft bei

den Führern alle möglichen bösen Eigenschaften nach. So begegnet man jetzt häufiger in der Gewerkschaftspresse Artikeln, die das alte und wie es scheint immer wieder neue Thema vom Gegensatz zwischen Massen und Führern behandeln. Schade um das Papier, denn sie werden doch fast nur von tiefer interessierten Kollegen gelesen. Die Masse kennt im Augenblick als höchste Sorge nur die Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel.

Auch in der »Graphischen Presse« meldet sich ein Kollege F. K. als Wegbereiter demokratischer Einrichtung zum Wort. In kritischen Zeiten wie den jetzigen sind gute Vorschläge doppelt wertvoll. Und da das Gute genommen werden muß wo es sich findet, will ich versuchen den Gedankengängen des Kollegen F. K. nachzugehen.

»Schein oder Wirklichkeit« betrifft er seine Ausführungen. Neben der widerspruchsvollen Art der Begründung fällt es auf, daß Kollege F. K. als Führer einen so weiten Kreis von Personen in einer Organisation anspricht, wie es meines Wissens bisher noch nicht geschehen ist. Er sagt: »Was uns not tut, ist eine Beschränkung der Kommissions-, Ausschuß- und Vorstandsherrschaft und weitgehendste Bevollmächtigung unseres Vertrauensmänner-Körpers. Diesen muß das Recht eingeräumt werden, alle Vorstands- bzw. Kommissionsbeschlüsse zu genehmigen oder abzulehnen.« Bisher galten bei dem Kampf zwischen Masse und Führer Kommissionen, Ausschüsse und Mitgliedschaftsvorstände als Fundament der Demokratie in den Arbeiterorganisationen und nur die oberen Führer, besonders die Angestellten, bezeichnete man als Führer oder nichtadäquat als Auto- oder Bürokraten. Besonders diesen gegenüber wurde »das demokratische Mißtrauen« verlangt. Kollege F. K. zieht den Kreis der Führer so groß, daß Kenner der Organisationsverhältnisse erstaunt fragen werden: Wenn schon die Funktionäre der Arbeiter, die noch Männer der Werkstat sind, die demokratischen Grundsätze verleugnen, dann muß es doch recht schlecht um die Demokratie stehen. Es gibt da zweifellos grausige Einzelfälle. So ist mir z. B. ein Kollege bekannt, der gegen die mangelnde Demokratie in unserm Verbands- und besonders gegen den Hauptvorstand nicht stark genug vom Leder ziehen konnte. Als er während des Krieges Vorsitzender wurde, leitete er die Geschäfte der Mitgliedschaft lange Zeit völlig autokratisch, ohne seine Verwaltungskollegen zur entscheidenden Mitberatung zu rufen.

Hat Kollege F. K. nun recht, wenn er mit einem festen Nein den gewerkschaftlichen Organisationen bestreitet, daß sie wahre Demokratie üben? Nehmen wir die Tatsachen: In den Jugendtagen der gewerkschaftlichen Betätigung konnte jeder Arbeiter, ob organisiert oder nicht, mitbestimmen, welche Forderungen erhoben, ob der Streik erklärt oder ob der Abbruch der Verhandlungen erfolgen sollte. Solange die Allgemeinheit die Kosten und Nachteile der Niederlage zu tragen hatte und nicht eine Organisation war dies verständlich. Zur Zeit der Eisenacher Gewerkschaften hatte z. B. ein Ausschuß die Leitung, der in jedem Jahre seinen Sitz wechselte. Alle statutarischen Änderungen unterlagen der Urabstimmung. Das Resultat war ein recht schlechtes. Wer sich weiter über diese Dinge unterrichten will, schlage den ersten Teil unserer Verbandsgeschichte auf. Mit der Entwicklung der Organisation wurden bei Streiks die Unorganisierten nur unterstützt, man verweigerte ihnen aber das Recht der Mitbestimmung. Widerspruch dagegen wurde nicht laut. Dann ging man dazu über, für wirtschaftliche Kämpfe Reglements auch für Organisierte zu schaffen; die Entscheidung den Ortsvorständen und Ausschüssen zu entziehen. Die Vorstandsvorstände erhielten allein das Entscheidungsrecht. Veränderte Verhältnisse zwangen den Gewerkschaften diese Maßnahmen auf. Die Unternehmerorganisationen waren groß geworden und hatten zum Teil mehr Macht als die Gewerkschaften. Die Kämpfe wurden größer und infolgedessen auch der Rückschlag bei Verlust eines Streiks. Immer mehr bedurfte der gewerkschaftliche Kampf theoretischer Kenntnisse und größerer Erfahrungen, die naturgemäß nicht immer die wechselnden Beteiligten der Kämpfe haben konnten. Dazu kam, daß taktische Rücksichten die Geheimhaltung mancher Dinge gebot. So erhielten immer weniger Personen — die Führer — Auftrag zur letzten Entscheidung. Wo man die Zügel schleifen ließ, dem Massenwillen nachgab, stellten sich schwere Rückschläge ein. Zum Beispiel bei den Buchbindern 1906, bei den Bauarbeitern 1907 und bei den Lithographen und Steindruckern 1911 und anderen mehr. In den letzten Jahren vor dem Kriege bewirkten dann verschiedene Vorgänge, daß die Vorstandsvorstände Beiträge zur Seite gestellt bekamen.

Unsere Stuttgarter Generalversammlung 1913 setzte als Beirat des Hauptvorstandes die Gauleiter, zur Entscheidung über größere Lohnkämpfe eine kleine Generalversammlung (auf 500 Mitglieder 1 Delegierter) ein. Auch diese zur Entscheidung Berufenen sind Vertrauensmänner. Sie stehen fast sämtlich im Berufe. Die Wahl erfolgt in den Mitgliederversammlungen der Orte. In der größeren Mehrzahl unserer Mitgliedschaften herrscht vollendetste Demokratie, denn jeder Kollege kann auf die Ent-

scheidung einwirken, wenn er von seinem Wahl- und Entscheidungsrecht Gebrauch macht. In größeren Städten bilden die Vertrauensmänner ein Zwischenglied zwischen Mitgliedern und Vorstand. Sie üben eine Vorberatung aus. Die Wahl erfolgt aber auch hier in Versammlungen in denen jedes Mitglied seinen Einfluß ausüben kann.

In unserem Verbands haben also alle Mitglieder sowohl Kontroll- als Beschlußrecht, abgesehen von rein technischen Verwaltungs- und Unterstützungsfragen, die in den Ortsverwaltungen auf Grund selbst gegebener Gesetze entschieden werden. So ist es in den meisten Gewerkschaften. Die größten mußten allerdings zum Delegierten-System greifen, da alle Mitglieder in eine Versammlung räumlich nicht mehr unterzubringen waren.

Warum machen nun nicht alle Arbeiter von ihren Rechten Gebrauch? Die älteren Kollegen, die noch reden, wirken und entscheiden, kennen die Dinge aus eigenem Erleben. Die etwas jüngeren Kollegen haben ihre freie Zeit dem Studium der Arbeiterbewegung gewidmet, aus ihnen rekrutieren sich die jetzt angegriffenen Führer. Der große Teil der Masse dagegen treibt Sport, Ackerbau, Kleintierzucht, gibt sich seiner Spezialwissenschaft oder dem beruflichen Studium hin oder tut — garnichts. Wieviel von unseren Kollegen kennen den historischen Boden auf dem wir geworden sind? Wer beherrscht und wer kennt aus der großen Masse die Beschlüsse unserer Generalversammlungen, wer das Zustandekommen des Statuts und die demokratischen Grundsätze, die bei der Fassung dieser Beschlüsse beobachtet wurden? Die Kollegen die sie kennen beklagen sich nicht über mangelnde Demokratie in unserm Verbands.

Diese bisher geltende Demokratie genügt dem Kollegen F. K. nicht mehr und er wird gewiß stolz darauf sein, in seinem Vorschlag der Demokratie neue Wege gewiesen zu haben. Er verlangt die Erhebung des Vertrauensmänner-Körpers zum verantwortlichen Faktor der Verbandsarbeit. Prüfen wir zunächst einmal die bisherige Aufgabe unserer Vertrauensmänner.

Es ist richtig, die Aufgaben sind nicht im Statut umgrenzt und festgelegt. Das Regektiv für ihre Tätigkeit ist aber in unserem Handbuch Seite 60-61 enthalten. Bei Durchsicht wird Kollege F. K. finden, daß die *Mitgliederversammlungen schon heute das Recht haben, den Vertrauensleuten in bestimmten Fragen das Entscheidungsrecht zu übertragen. Sie besitzen schon heute in allen wichtigen Verbandsfragen das Recht der Vorentscheidung.* Da der Vertrauensmann des einzelnen Geschäfts nach dem Vorschlag des Kollegen F. K. alle Vorstands- und Kommissionsbeschlüsse genehmigen oder ablehnen soll, soll zunächst dessen Stellung untersucht werden.

Wer wird als Vertrauensmann in den einzelnen Geschäften gewählt? Aus eigener praktischer Erfahrung gebe ich folgendes Bild: Selbst in den größten Städten hat zunächst jedes Geschäft einen Vertrauensmann. Die Kollegen dieser Geschäfte werden aber nach dem Vorschlag F. K. reitlos. In mittleren Städten sinkt die Bedeutung und verringern sich die Zusammenkünfte. In kleineren Städten ist man froh, wenn die Verwaltung zusammengebracht wird. Vertrauensmann soll nur der beste und erfahrenste Arbeiter werden, der die organisatorischen Dinge kennt, der Wissen und Einfluß hat. Wird dieser gewählt? In manchen Geschäften gewiß. In anderen, besonders größeren, hat man mehr den Nachdruck auf einen peinlichst gewissenhaften Beitragseinkassierer gelegt, die eigentliche gewerkschaftliche Agitationsarbeit, Verhandlungen u. dgl. machen andere Kollegen, die *nicht* Vertrauensleute sind. In vielen Geschäften hat die Verwaltung alle Mühe überhaupt nur einen Kollegen für das Amt zu bekommen, und wer kommt dann zu diesem Amt?

Diese Körperschaft, die zum Teil täglichen Änderungen unterliegt, soll nun der Vormund der Kollegen sein und den Verwaltungen überstellt werden? Die verwaltungstechnischen Dinge, die heute in den Verwaltungen beschlossen werden, wie auch die Agitation, müssen nun schon aus bestimmten Gründen, die jeder kennt, den Entschlüssen der Verwaltung vorbehalten bleiben. Es bleiben die gewerkschaftlichen Maßnahmen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und innere Organisationsfragen.

Die Vertrauensleute sollen also genehmigen oder verwerfen, ob eine Lohnbewegung gemacht, wann und wo sie stattfinden soll und ob das Resultat der Bewegung genügt. Dies soll sogar zentralistisch nach Berufen geschehen. Nach meinem Dafürhalten wird durch die Berufung dieses Körpers lediglich eine neue »Instanz« geschaffen. Statt der 30 bis 40 Personen, die künftig bei unseren kleinen Generalversammlungen zusammenkommen, würden es je nach den Berufen bis 1500 sein. Schon aus finanziellen Gründen ist dies nicht zu verwirklichen. Die größte Gefahr würde aber durch die Rückkehr zur Verhandlung auf offenem Markt entstehen. Die Entwicklung geht in umgekehrter Richtung, was näher auszuführen hier leider nicht möglich ist.

Ein solcher Apparat wäre durch seine Schwerefülligkeit der Tod jeder Lohnverbesserung. Es ist die Auffassung aus der ersten Zeit der Ar-

beiterbewegung, die hier wieder zur Geltung kommen will. *Kautsky* hält in seinem Buch: »Parlamentarismus und Sozialdemokratie«, 50 bis 100 Personen für die höchste Zahl, selbst in großen Organisationen, die zur Mitentscheidung bei wichtigen Dingen berufen werden können. Er sagt dazu: »Je größer die Organisation, desto unübersichtlicher auch ihr Gebiet, desto zahlreicher und meist auch geschlossener ihre Feinde, desto mehr steht bei jedem Kampf auf dem Spiele. Damit wächst nicht nur das Maß der Verantwortung der Leiter, es wachsen auch die Anforderungen an ihre Kenntnisse. Sie müssen sich jetzt mit Dingen vertraut machen, die dem einfachen Mitgliede nicht nahe liegen, die die Masse oft nicht genügend kennt.«

Noch unverständlicher ist, daß Kollege F. K. jedem Berufe volle Selbständigkeit sidern will. Damit würde der Sektiererei Tür und Tor geöffnet werden, worunter nur das Ganze leidet. Mit Recht verlangen die Chemigraphen auf der letzten Generalversammlung in Stuttgart bei großen Lohnbewegungen der Lithographen und Steindruckern ein Mitentscheidungsrecht, da der Ausgang der Bewegung auch sie trifft.

Durch das Mitbestimmungsrecht der Vertrauensleute würde es sehr wahrscheinlich überhaupt keine Unternehmerorganisation mehr geben, die mit uns Verträge schließen würde. Nicht die den Arbeitervertretern erteilte Vollmacht hat diesen Zustand geschaffen, sondern die Unternehmer haben als Korrelat für die Anerkennung der Organisation diese Berechtigung zum Abschluß verlangt und davon alles abhängig gemacht.

Auch unsere Generalversammlung in Stuttgart hat das Thema der demokratischen Kontrolle und Mitentscheidung eingehend behandelt. Nach meiner Auffassung sind in sehr weitgehender Weise alle Ansprüche auf demokratische Mitwirkung erfüllt, soweit dies bei den heutigen Verhältnissen überhaupt möglich ist. Zur Berufung der sogenannten kleinen Generalversammlung wird auf je 500 Mitglieder ein Delegierter ohne Rücksicht auf die Berufszugehörigkeit gewählt. Diese Delegierten sind die Vertrauensmänner der deutschen Kollegschaft. Die Mitglieder sind durch ihre Wahl Auftraggeber und Mitwirkende, während sie nach dem Vorschlag des Kollegen F. K. ausgeschaltet wären. Ob sich diese neue Einrichtung bewähren wird, steht noch dahin. Es gibt viele Beispiele aus der Vergangenheit, die eine Befürchtung berechtigt erscheinen lassen. Als Beispiel der Entscheidung durch größere Kreise sei nur erwähnt, daß es Vertrauensleute der Berliner Bauarbeiter im Jahre 1907 waren, die August Bebel und die Führer der Bauarbeiter niederstimmten, als diese in Rücksicht auf die schlechte Konjunktur von einer Bewegung abrieten. Die Folge war der Zusammenbruch.

Der Vorschlag des Kollegen F. K. entspringt gegenwärtig der schon mehr krankhaften Auffassung, die Kriegszustände als Maßstab für die demokratischen Einrichtungen in den Arbeiterorganisationen zu nehmen. Nicht der Krieg und der Belagerungszustand mit seinen Begleiterscheinungen gelten ihm als Ursache, sondern die als Feldscheuchen aufgesteckten Autoritäten. Wie sagt doch Kollege F. K. in seinem Artikel: »Der große Haufe ist immer bereit, für die eigene Mangelhaftigkeit das Verhalten der Führer verantwortlich zu machen.« — — —

Eine Masse, die sich in einem unüberwindlichen Abhängigkeitsverhältnis zu den Führern befindet, wäre ein elender Jammerhaufen, denn sie wählt doch alljährlich, spätestens alle drei Jahre ihre Führer.

Was kann man nun unter Ablehnung dieses Vorschlages zur Besserung der Verhältnisse zwischen Masse und Führer tun, um ein wirkliches Vertrauensverhältnis zu schaffen? Alle die da über mangelnde Demokratie klagen, können sehr schnell zur Herrschaft kommen und die »Autoritäten ins Wanken bringen« wenn sie sich auf den Hosensboden setzen, die theoretischen Zusammenhänge des sozialen Weltgeschehens studieren und Vorschläge machen, wie künftig erfolgreicher gearbeitet werden kann. Mehr Bücher, weniger Feldarbeit. Mit guten Gründen läßt sich bei den Arbeitern immer etwas ausrichten und die geltende Meinung von heute braucht nicht die von morgen zu sein. *Was wir nach meiner Auffassung brauchen, ist reges geistiges Leben und Meinungskämpfe über die zu lösenden Aufgaben nach Schluß des Krieges und keine Experimente.*

Bei der Behandlung der Probleme vorschlägt es nichts, wenn bei großen sachlichen Differenzen die Leidenschaftlichkeit waltet und sich mal im Ton vergriffen wird. Wie der Dampf nur kraftvolle Leistungen erzeugen kann durch den zu überwindenden Widerstand, in der offenen Schale aber wirkungslos verpufft, so können auch die Gewerkschaften nur lebensfähige, lebendige und kraftvolle Vertreter der Arbeiterinteressen werden, wenn nicht die behagliche Ruhe herrscht, sondern der lebensfrohe Kampf und sachliche Meinungs-austausch.

Gerade jetzt besteht in den Gewerkschaften am allerwenigsten ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Masse und Führer, denn während der Kriegszeit sind Kollegen in die Vorstände aufgerückt, die hier-

mais »Führer« waren. Die Parole muß also nach meiner Auffassung lauten: Ausnutzung der vorhandenen Demokratie, nicht, wie beseligen wir die »scheinbare«.

Die Führer haben weder die Kontrolle noch das Mitregieren zu fürchten. Seit Jahren erfolgt die Aufforderung zur allgemeinen Mitarbeit, nicht nur der Vertrauensleute. Hier ist volle freie Bahn dem Tüchtigen. jh.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.



Berlin, Chemigraphen. Unsere Mitgliederversammlung vom 2. August 1917 beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Bericht über die Verhandlung betreffs der Teuerungszulagen, 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet, wurden von ihm 4 Neuanmeldungen verlesen, darunter eine weibliche Mitarbeiterin. Die Aufnahme der beiden Ersten wurde der Verwaltung überwiesen, die beiden Letzteren von der Versammlung abgelehnt. Zur Ablehnung der Frau, bemerkte Kollege Förster, daß die Versammlung auch später, bei eventueller Aufnahme weiblicher Hilfskräfte, ebenso korrekt verfahren möge. Zum 2. Punkt gab Kollege Förster den Bericht von der Tarifamtssitzung am 12. Juli, welche wie bekannt, resultatlos verlaufen ist. Aus diesem Grunde hatte die Zentral-Kommission ein Schreiben über die Ablehnung, an den Bund der Prinzipale gerichtet, welches eine erneute Zusammenkunft zwischen Prinzipals- und Gehilfenvertretern herbeiführte. Das Resultat dieser Verhandlung ist in der Nr. 34. der »Graphischen Presse« veröffentlicht. Jedoch bedurfte dieser Beschluß zwischen den Berliner Prinzipals- und Gehilfenvertretern, noch der Genehmigung des Bundes. Nach Verlesung der beiden Schreiben, welche die Zentral-Kommission an den Bund sowie an die Zahlstellen gerichtet,

wurde vom Vorsitzenden die Diskussion über den Bericht eröffnet. Derselbe verlief in ziemlich erregter Weise. Von verschiedenen Seiten wurde der Rat gegeben, in dieser Angelegenheit das Kriegsamt anzurufen. Schließlich einigte man sich dahin, da von dem Bund noch kein positiver Bescheid eingelaufen sei, die Vorschläge, so, wie sie in dem Bericht gegeben, anzunehmen. Zum 3. Punkt stellt der Vorsitzende an die Versammlung das Ersuchen, in ihren Geschäften das Zusammenhalten der Kollegen zu fördern. Indem er noch mittelte, daß in 2 Firmen die Kollegen eine Lohnzulage erhielten, und für regen Besuch der Versammlungen appellierte, schließt er dieselbe. Anwesend ca. 150 Kollegen.

Stuttgart, Chemigraphen. Die Stuttgarter Chemigraphenkollegen sind ein friedliebendes Völkchen. Sie begnügten sich noch bis in den Sommer 1915 hinein, infolge der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit durch mangelnde Aufträge, mit einem Wochenverdienst von 12 bis 15 Mk. Als die Verdienstmöglichkeit besser wurde, trat die allgemeine Preissteigerung aller notwendigen Lebensbedürfnisse ein. Die geringe Teuerungszulage, die das Tarifamt im April und Dezember 1916 den chemigraphischen Anstalten zu zahlen empfahl, wurde von den Stuttgarter chemigraphischen Anstalten nicht einmal in vollem Umfang gewährt. In einer außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung am 14. Juni ds. Js. beschloß deshalb die Stuttgarter Chemigraphen, eine 25prozentige Lohnzulage zu fordern. Nach einer aufgenommenen Statistik betrug der Durchschnittslohn 37,30 Mk., der trotz der erträglicheren Ernährungsverhältnisse in Süddeutschland zum Leben nicht mehr ausreichte. Sie machten gleichzeitig den Prinzipalen Vorschläge, wie der notwendige Preisaufschlag streng und gerecht durchgeführt werden konnte. Die Firmen wiesen aber die Gehilfen mit ihrem Begehren an das Tarifamt und lehnten eine örtliche Verständigung ab. Die Gehilfen warteten vergeblich auf eine entsprechende Tarifamtsentscheidung, vielmehr scheiterte bekanntlich am 12. und 23. Juli die versuchte Verständigung über eine Erhöhung der Teuerungszulage. Die unerträgliche Lage der Gehilfen veranlaßte sie, nunmehr die Kündigung

einzureichen, da sie weder örtlich, noch durch die zentralen Tariforgane auf die Erfüllung auch nur ihrer bescheidensten Wünsche rechnen konnten. Nach dem Tarif ist dieser Schritt unzulässig. Des waren sich auch die Stuttgarter Kollegen bewußt, aber die Erhaltung der eigenen Existenz und der Familie trieb die Kollegen, sich nun außerberuflich ein Unterkommen zu suchen. Jetzt erst waren die tariflichen Organe zum Handeln zu bewegen. Aber die durch Tarifamtsentscheid vom 17. August ds. Js. nunmehr zwangsweise zu zahlenden Teuerungszulagen brachten noch nicht einmal die Erfüllung der geringen Forderungen der Zentral-Kommission. Wenn auch ein Teil der Kollegen auf diese Weise eine geringe Aufbesserung ihres Lohnes bekam, so waren die Kollegen in Stuttgart ohne eine Lohnaufbesserung nicht mehr zufrieden zu stellen. Eine versuchte Verständigung in Berlin brachte in dieser Richtung kein Resultat. So fanden im Anschluß in Stuttgart Verhandlungen mit den gesamten Firmen statt, die durch den Kreisvertreter der Chemigraphen und einem Vertreter des Verbandsvorstandes geführt wurden. In diesen Verhandlungen gelang es neben der tariflichen Teuerungszulage die Grundlöhne aufzubessern. Es erhielten: 8 Kollegen à 2 Mk., 8 Kollegen à 3 Mk., 27 Kollegen à 4 Mk., 10 Kollegen à 5 Mk., 7 Kollegen à 6 Mk., 1 Kollege à 7 Mk., 1 Kollege à 8 Mk. Lohnzulage pro Woche. In Summa erhielten 62 Kollegen 255 Mk. Lohnzulage pro Woche. 5 Kollegen erhielten infolge besonderer Umstände keine Lohnaufbesserung. Die organisierten Abteilungsleiter sind nicht mit gezählt und nicht eingerechnet. Der Durchschnittslohn erhöhte sich dadurch auf 42 Mk. Zu den in dieser Weise erhöhten Grundlöhnen kommt die zentrale tarifliche Teuerungszulage, wodurch 25 Kollegen ihre Lage noch besonders verbessern, weil sie bisher nichts, oder zum Teil nur 5 Mk. monatlich erhielten. In einer Firma werden 8 Kollegen die Ortskrankenkassen-Beiträge nicht abgezogen. Mit dieser Verbesserung des Einkommens haben sich die Kollegen in Stuttgart zufrieden gegeben. Das alte Vertrauensverhältnis zwischen den Tarifparteien ist wieder hergestellt, die bisherige unerträgliche Lage hat durch die solidarische Handlungsweise der Kollegen eine Milderung erfahren.

Opfer des Krieges.

Tote:

1914.

Kollege **August Röderer**, Lithograph aus Ulm, geb. am 11. Mai 1893, Mitglied seit 1912 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 1908), ist bereits am 30. August 1914 gefallen.

Kollege **Paul Grützmaier**, Lithograph aus Berlin, geb. am 13. Dezember 1887, Mitglied seit Mai 1912, fand seinen Tod am 1. Dezember 1914.

1916.

Kollege **Willy Jurkowski**, Steindrucker aus Danzig, geb. am 10. Juni 1892, Mitglied seit Juli 1911 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit März 1908), fiel am 20. April 1916.

Kollege **Willy Swoboda**, Lithograph, zuletzt in Lübeck, geb. am 10. November 1878 in Chemnitz, Mitglied seit Oktober 1899, ist am 9. Juli 1916 gefallen.

Kollege **Eugen Schillinger**, Chemigraph aus München, geb. am 9. August 1895, Mitglied seit Oktober 1910, war seit Oktober 1916 als vermißt gemeldet und ist nach Mitteilung des Roten Kreuzes in russischer Gefangenschaft gestorben.

1917.

Kollege **Ludwig Sieben**, Steindrucker aus Rheydt, geb. am 24. Oktober 1882, Mitglied seit 1905, starb im Februar 1917 in russischer Gefangenschaft.

Kollege **Alfred Petersohn**, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 3. September 1892, Mitglied seit April 1911 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 1908), fiel am 6. April.

Kollege **Georg Pföderl**, Steindrucker aus München, geb. am 31. Mai 1897, Mitglied seit August 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit September 1911), ist am 14. Juni in Feindesland einer Explosion zum Opfer gefallen.

Tote:

Kollege **Karl Hake**, Steindrucker aus Hannover, geb. am 27. März 1876 in Grohnde bei Hameln, Mitglied seit März 1899, fand seinen Tod am 30. Juni.

Kollege **Albin Mehlhorn**, Steindrucker aus Berlin, geb. am 19. März 1879 in Ponitz, S.-Alt., Mitglied seit 1896, fiel am 10. Juli durch Granatschuß.

Kollege **Bernhard Baake**, Lithograph aus Magdeburg, geb. am 22. Januar 1899 in Groß-Santersleben bei Magdeburg, Mitglied seit April 1917 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Oktober 1916), ist während seiner Militärzeit am 11. Juli freiwillig aus dem Leben geschieden durch Ertrinken.

Kollege **Hans Schwingsack**, Steindrucker, zuletzt in München, geb. am 10. Dezember 1894 in Dresden, Mitglied seit Juli 1913 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit November 1909), fiel am 12. Juni durch Bauchschuß.

Kollege **Hermann Schrader**, Steindrucker aus Hannover, geb. am 2. Oktober 1888, Mitglied seit April 1907, starb im Juli in englischer Gefangenschaft.

Kollege **Georg Leufer**, Steindrucker aus Rheydt, geb. am 27. Oktober 1894, Mitglied seit 1913 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Juni 1910), ist im Juli gefallen.

Kollege **Friedrich Pustet**, Chemigraph, zuletzt in Leipzig, geb. am 6. Dezember 1877 in München, Mitglied seit April 1900, fiel am 16. Juli.

Kollege **Emil Weigle**, Lithograph aus Nürnberg, geb. am 10. April 1874 in Bittenfeld, Mitglied seit Mai 1898, ist am 17. Juli durch Granatsplitter gefallen.

Tote:

Kollege **Georg Dinse**, Chemigraph aus Berlin, geb. am 21. Juli 1883, Mitglied seit 1906, fand seinen Tod am 20. Juli.

Kollege **Arno Doil**, Steindrucker aus Reichenbach i. V., geb. am 14. März 1898, Mitglied seit April 1913, fiel am 21. Juli.

Kollege **Arthur Schubert**, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 15. Mai 1896, Mitglied seit März 1914 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Mai 1910), starb am 24. Juli im Kriegs lazarett.

Kollege **Max Schlönvogt**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 27. Juni 1897 in Adorf i. Vogtl., Mitglied seit April 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 1914), fiel am 24. Juli.

Kollegen **Georg Hoffmann**, Chemigraph aus Berlin, geb. am 19. September 1886, Mitglied seit Oktober 1913, ist am 24. Juli gefallen.

Kollege **Paul Sielex**, Steindrucker, zuletzt in Weimar, geb. am 20. April 1886 in Bernburg, Mitglied seit März 1904, fand seinen Tod am 28. Juli.

Kollege **Bruno Böhmer**, Chemigraph, zuletzt in Berlin, geb. am 23. September 1896 in Finkenwalde bei Stettin, Mitglied seit 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit April 1911), fiel am 28. Juli durch Artilleriegeschuß.

Kollege **Paul Dettmar**, Steindrucker aus Bielefeld, geb. am 10. November 1891 in Heepen, Mitglied seit Juni 1910, ist am 1. August gefallen.

Kollege **Wladislaus Ibelé**, Lithograph, zuletzt in Köln, geb. am 5. August 1887 in Warschau, Mitglied seit 1913, wurde am 5. August schwer verwundet und starb am 7. August im Feldlazarett.

Ehre ihrem Andenken!

Stellenangebote

Lehrling für Kupferdruck

sucht W. Lindner, Berlin S. W. 18,
Hollmanstr. 22.

Farbätzer Autoätzer

nur flotte, sichere Kräfte in angenehme Dauerstellung gesucht. Angeb. mit Zeugnisabschriften und Muster erb.
Zerreiss & Co., Nürnberg.

Verschiedenes

**Roulett., Fadensichel
Fräser u. s. w.** in bester Ausführung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König,
Berlin SO, Naunynstraße 69.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
Auskünfte durch die
Kunstgewerbeschule

Der praktische Umdrucker,
inkl. Porto 85 Pfg.
Conrad Müller, Scheuditz.